

Verbindliche Hinweise zur Bearbeitung des Formblatts

- *Der Bieter hat die in den grau hinterlegten markierten Bereichen des Formblatts geforderten Angaben und Erklärungen abzugeben. Hierzu sind – soweit vorgesehen – die grauen Felder in der Datei vollständig auszufüllen.*
- *Die geforderten Anlagen sind dem Formblatt beizufügen.*
- *Das ausgefüllte Formularblatt ist mit den Anlagen und zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen gemäß den Vorgaben im Verfahrensbrief bis zum Ablauf der Angebotsfrist über das E-Vergabe-Portal zu übermitteln.*

1. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1-3 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen¹ ist, in den vergangenen 5 Jahren rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen in den vergangenen 5 Jahren keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist,² jeweils wegen einer Straftat nach

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 4 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meiner/unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen bin/sind.

3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 Nrn. 1-4, 7 und 8 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass in den vergangenen 3 Jahren

- weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/-n Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat/haben,
- unser/-e Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist/sind, über das Vermögen des/der Unternehmen(s) kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das/die Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet/-n oder seine/ihre Tätigkeit eingestellt hat/haben,
- weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität unseres/unserer Unternehmen(s) infrage gestellt wird,
- weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, eine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen

- hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- unser/-e Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat/haben und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - unser/-e Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat/haben oder nicht in der Lage ist/sind, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

4. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz und § 21 des Mindestlohngesetz:

Ich/Wir erkläre(n), dass in den vergangenen 3 Jahren

- weder ich/wir noch nach Satzung oder Gesetz einer meiner/unserer Vertretungsberechtigter nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des SGB III mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR rechtskräftig belegt oder nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde (n) [vgl. § 98c AufenthG]
- ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 des Mindestlohngesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt wurde(n) [vgl. § 19 MiLoG]
- ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt wurde(n) [vgl. § 21 AEntG]

5. Vorlage der Kopie einer von der zuständigen Agentur für Arbeit auf den Bieter ausgestellten und zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültigen Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG.

Als Anlage **8a** zu diesem Formularblatt beigelegt.

6. Vorlage eines Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder bei Bieter von außerhalb Deutschlands aus einem vergleichbaren Register des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist, soweit eine Eintragung nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist, vorgesehen ist. Der Auszug hat den aktuellen Stand wiederzugeben und darf zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots nicht älter als 3 Monate sein.

Als Anlage **8b** zu diesem Formularblatt beigelegt.

7. Eigenerklärung des Bieters, dass er eine Haftpflichtversicherung
- a) mit einer Deckungssumme von mindestens 4.000.000,00 EUR für Personenschäden und von mindestens 4.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden),
 - b) wobei die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Kalenderjahr betragen muss,

bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen unterhält.

Im Falle von geringeren Versicherungssummen oder geringerer Maximierung der Ersatzleistung als vorstehend unter a)-b) genannt, hat der Bieter zu erklären, dass er über eine Haftpflichtversicherung verfügt und diese im Auftragsfall an die vorstehenden Anforderungen unter a)-b) anpassen wird.

☐

Ich/wir unterhalten eine Haftpflichtversicherung

- a) mit einer Deckungssumme von mindestens 4.000.000,00 EUR für Personenschäden und von mindestens 4.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden),
 - b) wobei die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Kalenderjahr beträgt,
- bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen

☐	Ich/wir
-	unterhalten keine Haftpflichtversicherung, welche die unter a) und/oder b) angegebenen Anforderungen erfüllt
-	verfügen aber über eine Haftpflichtversicherung und werden diese im Auftragsfall an die vorstehenden Anforderungen unter a)-b) anpassen.

8. Eigenerklärung des Bieters über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Überlassung von Leiharbeitnehmern) bezogen auf die letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto. Sollte der tätigkeitsbezogene Umsatz nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils ein tätigkeitsbezogener Umsatz anzugeben, der in dem betreffenden Geschäftsjahr mindestens erzielt worden ist. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen.

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir folgenden Gesamtumsatz und folgenden Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages, jeweils der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto, erzielt habe/haben:		
Geschäftsjahr	Gesamtumsatz	Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag EUR netto</i>	<i>Betrag EUR netto</i>
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag EUR netto</i>	<i>Betrag EUR netto</i>
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag EUR netto</i>	<i>Betrag EUR netto</i>

9. Eigenerklärung, dass der Bieter keine Interessen hat, die mit der Ausführung des öffentlichen Auftrags im Widerspruch stehen und sie nachteilige beeinfluss können

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir keine Interessen habe/n, die mit der Ausführung des öffentlichen Auftrags im Widerspruch stehen und sie nachteilige beeinfluss können
--

- 10.** Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten des Bieters und die Zahl der Führungskräfte des Bieters jeweils in den letzten drei (3) Jahren ersichtlich ist.

Erklärung zu Beschäftigten			
Jahr	durchschnittliche Zahl der Beschäftig- ten	davon Leiharbeit- nehmer	von diesen Leiharbeiter w- aren in den jeweils losgegenständ- lichen Bereichen tätig
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>	Los 1: <i>Zahl</i> Los 2: <i>Zahl</i> Los 3: <i>Zahl</i> Los 4: <i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>	Los 1: <i>Zahl</i> Los 2: <i>Zahl</i> Los 3: <i>Zahl</i> Los 4: <i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>	Los 1: <i>Zahl</i> Los 2: <i>Zahl</i> Los 3: <i>Zahl</i> Los 4: <i>Zahl</i>

Jahr	Zahl der Führungskräfte
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>

- 11.** Eigenerklärung über mindestens drei (3) bis maximal fünf (5) geeignete Referenzen des Bieters über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens drei (3) Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen, jeweils mit Angabe
- der Bezeichnung und Beschreibung der Referenz,
 - des Auftragswerts,
 - des Erbringungszeitpunkts (Zeitraums der Leistungserbringung),

- des öffentlichen oder privaten Empfängers (Name/ Anschrift des Auftraggebers und Name des Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse).

Eine Referenz gilt als geeignet, wenn die folgenden Anforderungen erfüllt sind:

- Der Bieter hat im Rahmen des Referenzprojektes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG als Verleiher einem oder mehreren Entleihern Leiharbeitnehmer zur Verfügung gestellt.
- Die referenzgegenständliche Leistung wurde nach Ansicht des Referenzauftraggebers vertragskonform erbracht.

Es werden nur die vom Bieter in der vorgesehenen Anlage des Formblatts jeweils genannten Referenzprojekte berücksichtigt. Sollten an anderer Stelle oder darüber hinaus Referenzprojekte benannt werden (z. B. auch in allgemeinen Bürobroschüren, Referenzlisten oder ähnliches), werden diese nicht berücksichtigt.

Die Referenzen und alle hierzu geforderten Angaben sind in **Anlage 8c Nr. 1 ff.** diesem Formularblatt beigefügt

Durch Abgabe des Formblatts erkläre(n) ich/wir die Richtigkeit aller in diesem Formblatt einschließlich Anlagen gemachten Angaben, Erklärungen und Nachweisen.

Anlagen

- Anlage 8a:** Kopie einer von der zuständigen Agentur für Arbeit auf den Bieter ausgestellten und zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültigen Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG
- Anlage 8b:** soweit eine Eintragungspflicht besteht: Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister
- Anlage 8c Nr. 1 ff.:** Referenzen des Bieters

Anlage 8a: Kopie einer von der zuständigen Agentur für Arbeit auf den Bieter
ausgestellten und zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültigen
Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG

Gesondert beizufügen!

Studentenwerk München
VgV-Verfahren „Beschaffung von Fachkräften
für den Verwaltungsbereich des Studentenwerks im Wege der
Arbeitnehmerüberlassung“
Vergabenummer: Verg_EU-005_20
Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung
Anlage 8 der Vergabeunterlagen



Anlage 8b: Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister

Gesondert beizufügen!

Anlage 8c: – Referenzen des Bieters (für jedes der max. 5 Referenzprojekte ausfüllen und daher entsprechend zu duplizieren)

<i>Spalte 1</i>	<i>Spalte 2</i>
	Referenzprojekt Nr. Nr
Bezeichnung der Referenz	<i>Bezeichnung</i>
Beschreibung der Referenz	<i>Beschreibung</i>
Auftragswert	<i>Auftragswert</i>
Zeitraum der Leistungserbringung:	Beginn: <i>Monat / Jahr</i> Fertigstellung: <i>Monat / Jahr</i>
Name/ Anschrift des Referenzauftraggebers	<i>Name des Auftraggebers</i> <i>Straße, Hausnummer</i> <i>PLZ, Ort</i> <i>Land</i>
Name des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse:	<i>Name des Ansprechpartners</i> <i>Telefonnummer</i> <i>E-Mail Adresse</i>
Bieter hat im Rahmen des Referenzprojektes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG als Verleiher einem oder mehreren Entleihern Leiharbeitnehmer zur Verfügung gestellt	☐ ja ☐ nein
Die Referenz wurde aus Sicht des Referenzauftraggebers vertragskonform erbracht:	☐ ja ☐ nein